

TAGESPOLITIK · KOMMENTARE · AUSLANDSBERICHTE

P/XXI/86

Bonn, den 5. Mai 1966

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite</u>		<u>Zeilen</u>
1 - 2	Avantgardismus in Tutzing Kirche und Politik Diskussion evangelischer und katholischer Publizisten Von Dr. Heinz Kornetki	89
3	Vater des Hamburger Parlaments Zum Tode von Adolph Schönfelder	47
4	Rückzug von der Fläche Zum Stilllegungsprogramm der Bundesbahn Von H. G. Ritzel	90
5 - 6	Beatings dritter Test: Ein Wasserstoffbomben-Apparat Das Feuer der Sterne über Nutschina Aufbau der Raketenwaffe durch in den USA geschulte Wissenschaftler Von Erwin Erasmus Koch	85

Herausgeber: SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH, 53 Bonn 1, Postfach

Büro: Baunscheidtstraße 17 - Telefon: Geschäftsführung 21901/319 • Redaktion 21831/32 • Telex: 6886890

Verantwortlich für die Redaktion: Chefredakteur Günter Markscheffel

Avantgardismus in Tutzing

Kirche und Politik

Diskussion evangelischer und katholischer Publizisten

Von Dr. Heinz Kornetzki

Das XI. Gespräch zwischen katholischen und evangelischen Publizisten in Tutzing am Starnberger See war ein avantgardistisches Erlebnis. So bilanzierte Professor Roegele das traditionelle Treffen, das diesmal über hundert Zeitungsleute in die namhafte Evangelische Akademie im bayerischen Voralpenland zusammenführte. Der Avantgardismus - zeitweise atemberaubend - war zweifellos das Kriterium des Gesprächs, das unabdingbar den vom Konzil besorgten Umbruch im Denken anzeigte und offenkundig werden ließ, daß die Tage des Konservativismus auch in Deutschland gezählt sind. Berufene Männer aus Kirche und Politik, so Kardinal Döpfner, Landesbischof Dietzfelbinger und die Politiker Mikat (CDU) und Heinemann (SPD), ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß die Entwicklung zuungunsten der Traditionalisten ausschlägt.

Worum ging es in Tutzing? Neben einer Bilanz der ökumenischen Situation stand das brisante Thema "Neue Fakten und Formen politischen Engagements der Kirchen" auf dem Programm. Hier gab es eine bemerkenswerte Konvergenz der Meinungen, nicht nur der beiden Kirchen, auch - und das ist ein Novum - der beiden großen Parteien, wenn auch der junge nordrhein-westfälische Kultusminister Mikat (CDU) erst recht seit Tutzing seinen Parteifreunden viel Kopfzerbrochen bereiten dürfte. Mikat nämlich trat in dem kreierunden Hörsaal der Evangelischen Akademie dafür ein, daß das politische Engagement der katholischen Kirche vom Bewußtsein des Wächteramtes geprägt sein müsse.

Die Identität mit Heinemann, dem Ratsmitglied der EKD, der für die Schwesterkirche sprach, war erstaunlich. Beide Politiker forderten eine souveräne Distanz der Kirchen gegenüber den politischen Parteien, im Grunde eine linkskatholische Meinung, die bisher vor allem beim CDU-Katholizismus in keinem guten Ruf stand. Die Kirchen, so hieß es bei Mikat, sollten im politischen Umgang offenkundig machen, daß sie "unverwechselbare Größen" sind. Und immer wieder wurde das Bekenntnis der Kirchen zum Pluralismus verlangt. Das Negieren der Vielfalt der politischen Kräfte wäre ein Affront gegen die Freiheit des Menschen und würde die Kirchen unglaubwürdig machen, sagte Mikat. Und Heinemann: Bei ihren Äußerungen zu Fragen des öffentlichen Lebens müßten die Kirchen beachten, daß es keine von Gott ableitbaren staatlichen Ordnungen gebe. Der evangelische Politiker folgerte: Das politische Engagement der Kirchen müßte sich deshalb auf das Setzen von Orientierungspunkten beschränken, auf Maßstabs-Stichworte wie etwa Gerechtigkeit und Frieden. Das Wort der Kirchen dürfe nicht das Wort einer Ideologie sein. Und auch den aktuellen Bezug hatte der SPD-Parlamentarier zur Hand: Die Kirchen

könnten nicht dem Wunsch der Bundesregierung entsprechen, die Hilfe für Vietnam nur dem Süden des Landes zukommen zu lassen. Das widerspräche dem göttlichen Auftrag, der von den Kirchen das Dasein in jeder Gesellschaftsordnung verlange.

Wer ob solcher kühnen Gedanken dem Sozialdemokraten Heine-
mann vielleicht marxistische Relikte zuordnen wollte, denen die Kirchen abhold seien, der wurde von keinem geringeren als dem Vorsitzenden der Fuldaer Bischofskonferenz, Kardinal Döpf-
ner, belehrt: Die katholische Kirche habe die Bundesregierung wissen lassen, daß es kirchlicherseits kein einseitiges Engage-
ment in Vietnam geben werde. Ein bemerkenswertes Bekenntnis zur politischen Souveränität aus berufenem Munde, das eine Aufsehen erregende Parallele gerade in diesen Tagen hat. Der Bischof von Passau hat zwei Priester seiner Diözese aufgefor-
dert, ihre Gemeinderatsmandate niederzulegen und ihnen damit das einseitige parteipolitische Engagement untersagt. Heine-
mann interpretierte zweifellos richtig, wenn er sagte, der Passauer Vorgang sei keineswegs ein kirchlicher Rückzug aus der Grundsatzpolitik, vielmehr eine Hinwendung zu ihr. Aber er sei eine deutliche Absage an kirchliche Parteipolitik, die erhebliche Gefahren einer Entfremdung zwischen Kirche und Gläubigen impliziere.

Die Kirchen haben den starken Willen, Ecclesia semper reformanda zu sein. Döpfner prophezeite eine "ganz neue Gestalt der Kirche". Dietzfelbinger sprach davon, daß auch in der evangelischen Kirche ein Wandlungsprozeß in vollem Gange sei, innerkirchlich wie im Verhältnis zur Welt. Es gab bei diesem aufgeschlossenen Gespräch am Starnberger See einfach keinen Referenten, der die konservative Bremse bedienen wollte. Auch der Frankfurter Professor und Konzilstheologe Hirschmann nicht, der freimütig darüber sprach, daß das Dekret über die Religionsfreiheit auch im politischen Raum Konsequenzen haben werde. Hirschmann sagte, was bisher nur vom Wiener Kardinal König zu hören war, daß nämlich dem Laien vom Konzil aufgetragen sei, politische Initiative zu ergreifen und nicht mehr auf kirchliche Weisungen zu warten, daß aber die Meinungen der Laien keineswegs schlechthin als Meinung der Kirche anzusehen seien. Der evangelische Theologe Steck, Professor in Münster, ergänzte den katholischen Kollegen mit dem Hinweis, daß es keine spezifisch christliche Politik gebe und folgerichtig das christliche Prädikat nicht einer einzigen politischen Partei zuerkannt werden dürfe. Steck meinte ferner, daß das Allianzdenken überholt sei und sprach aus, was eigentlich jeder Referent in Tatzing irgendwie ausgesprochen hatte.

Das Resümee des Publizistengesprächs: Es ist später als die Traditionalisten meinen. Auch in Deutschland.

Vater des Hamburger Parlaments

Zum Tode von Adolph Schönfelder

sp - Jeder Hamburger hat ihn gekannt. Adolph Schönfelder war viele Jahrzehnte lang in aller Munde. Die Krönung seines Wirkens fand in der Verleihung der Ehrenbürgerschaft ihren höchsten Ausdruck - eine Ehre, mit der die Hansestadt ungewöhnlich sparsam umgeht. Der so hochverehrte und hochverdiente Mann lebt nicht mehr unter seinen geliebten Hamburgern. Er ist im biblischen Alter von 91 Jahren gestorben.

Adolph Schönfelder hat wie kaum ein anderer die Geschichte seiner Vaterstadt geformt. Der Sohn eines Hamburger Konstablers und gelernter Zimmermann hat alle Höhen und Tiefen des Lebens an sich erfahren und keine Widrigkeit konnte den Charakter dieses Mannes brechen. Noch im Alter von 70 Jahren wählten ihn die Hamburger zum Bürgermeister, 1950 zum Präsidenten der Bürgerschaft. Er blieb es auch, als seine Partei, die Sozialdemokratie, für eine Legislaturperiode von der Regierungsverantwortung durch den unrühmlichen Bürgerblock ausgeschaltet war. Mit souveränem Geschick und Würde leitete Adolph Schönfelder dieses hohe Amt, gemischt mit Ironie und Humor. 1960 trat der 85-Jährige zurück und überließ einem Jüngeren das Feld.

In diesem alten Hamburger Zimmermann verkörperten sich entscheidende Abschnitte der deutschen Arbeiterbewegung. Er erlebte noch die Zeit, in der Arbeiter auf der untersten Sprosse der Nation standen, hochmütig von oben angesehen und ohne politische Rechte. Hamburger Bürger mit Wahlrecht konnte im ausgehenden 19. Jahrhundert nur werden, wer jährlich 200 Reichsmark versteuerte. Es zeugt für den idealistischen Schwung in der damaligen Zeit, daß der Aufruf der Sozialdemokratie an die Hamburger Arbeiterschaft, freiwillig ein höheres Einkommen zu versteuern, um in den Besitz des Bürgerrechts zu gelangen, große Resonanz gefunden hatte.

Die Gewerkschaftsbewegung und die Sozialdemokratie gaben dem Leben Adolph Schönfelders die entscheidenden Impulse, sie ersetzten für ihn die Hochschulen. Noch in der wilhelminischen Zeit entwickelte sich der wissensdurstige Mann zum kenntnisreichen Arbeiterführer und gewiegten Parlamentarier.

Schönfelder hat es an persönlichen Mut und Unerschrockenheit nicht gefehlt. Als Hamburger Polizeisenator hatte er in den schweren Jahren von 1925 bis 1933 für die Sicherheit der Stadt zu sorgen. Rechts- und Linksextremisten lieferten einander blutige Straßenschlachten. Mit eiserner Hand griff Schönfelder durch. Ihm galt der Haß der Kommunisten und Nationalsozialisten. Die Erinnerung an diese dunklen Jahre ließen viel Erbitterung zurück, doch Schönfelder widerstand nach dem Zusammenbruch der Versuchung, keine Verantwortung mehr zu übernehmen. Seine Freunde und seine Partei drängten ihn dazu, und er entzog sich nicht deren Ruf. Als zweitältestes Mitglied des Parlamentarischen Rats übernahm er, wenn Adenauer, was recht oft geschah, verhindert war, dessen Vorsitz. Schönfelder gehört zu den Vätern des Grundgesetzes, fügte ihm wertvolle Elemente aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen bei.

Adolph Schönfelders Liebe galt der Hansestadt, ihrer Bürgerschaft und ihrem Theater. Als einer ihrer größten Söhne bleibt er im Buch der wechselvollen Hamburger Geschichte verzeichnet.

Rückzug von der Fläche

Zum Stilllegungsprogramm der Bundesbahn

Von H. G. Ritzel

Die Deutsche Bundesbahn hat den zuständigen Länderministerien mitgeteilt, welche Strecken des Bundesbahnnetzes stillgelegt werden sollen. Der bisherige Schienenverkehr soll in fast allen Fällen durch Bähnusse auf Bundesstraßen, Landesstraßen und Gemeindestraßen ersetzt werden. Die Bundesbahn hofft, auf diesem Wege eine Besserung ihrer Finanzlage zu erzielen. Die Finanzkrise der Bundesbahn ist eine Krankheit. Es gibt im Rahmen der Volkswirtschaft auch ansteckende Krankheiten, und um eine ansteckende Krankheit handelt es sich bei der Verlegung des Personenverkehrs von der Schiene auf die Straße.

Als der 2. Weltkrieg zu Ende war, gab es nur wenige Personenwagen in der Bundesrepublik. Ihre Zahl stieg bis zum Jahre 1950 auf rund 500 000 an. Im Jahre 1965 überfluteten 8 600 000 PKW's die deutschen Straßen. Schon diesem Ansturm sind die Straßen nur in seltenen Fällen gewachsen. Der vom Land in die städtischen Ballungsgebiete flutende Berufsverkehr hat schon bisher zu großen Schwierigkeiten geführt. Diese Schwierigkeiten werden durch die Verlegung des Schienenverkehrs auf die Straße in zahlreichen Fällen ins Unerträgliche vermehrt. Nahezu sechs Millionen Angestellte und Arbeiter sind bis jetzt schon darauf angewiesen, sich des eigenen Wagens zu bedienen. Diese Inanspruchnahme der Straße hat jetzt schon zu Überlegungen geführt, durch Verbote, Gebühren oder in anderer Weise die Auto besitzenden Teilnehmer am Berufsverkehr zu zwingen, auf den Gebrauch ihres Individualfahrzeuges zu verzichten und sich der Beförderung durch Sammelfahrzeuge der Bahn, Post, anderer öffentlicher Einrichtungen, wie insbesondere der Kommunen und Kreise oder der privaten Wirtschaft anzuvertrauen.

In diese Situation stößt die Deutsche Bundesbahn mit ihrer stark vermehrten Zahl von Autobussen hinein. Sie belasset den Verkehr auf der Straße desto stärker, je mehr sie den berechtigten Wünschen auf Fahrpläne des Fahrplans und Sicherung von Sitzplätzen nachkommt. Es werden in der nächsten Zeit vielerorts unmögliche Verkehrssituationen eintreten. Der kranke Zustand der Bundesbahn wird in anderer Weise zu Erkrankungen am fließenden Verkehr auf der Straße führen. Durch Stockungen, Wartezeiten und Unfälle werden volkswirtschaftliche Verluste eintreten, die wiederum unangenehme Auswirkungen bei den Prämienätzen der Haftpflichtversicherungen zur Folge haben dürften. Die bundesdeutsche Verkehrspolitik mutet den vorhandenen Straßen eine Aufnahmefähigkeit zu, die sie nicht besitzen. Es ist so, als wolle man eine für die Fahrt mit höchstens 1 000 t-Schiffen berechnete Wasserstraße benutzen, um 3 000 t- oder 5 000 t-Schiffe darauf passieren zu lassen.

Die Verlagerung des Verkehrs von Menschen und Gütern, von der Schiene auf die Straße wäre, soweit sie überhaupt sinnvoll und notwendig erscheint, erst dann vertretbar, wenn vorher die Straßen in einen anderen Zustand versetzt worden wären. Eine acht m breite gewölbte Landstraße mit Fahrbahnrändern, deren Benutzung lebensgefährlich ist, kann unmöglich den ihr zugemuteten Verkehr aufnehmen. Sie hätte zunächst mindestens drei- bis vierspurig in entsprechender Breite ausgebaut werden müssen, ehe man einen solchen Schritt vollzog.

Die Bundesbahn will durch ihre Taktik gesunden. Die Straßen, auf die alle angewiesen sind, werden noch kränker als sie ohnehin schon sind.

Pekings dritter Test: Ein Wasserstoffbomben-Apparat

Das Feuer der Sterne über Rotchina

Aufbau der Raketenwaffe durch in den USA geschulte Wissenschaftler

Von Erwin Erasmus Koch

Liu Ya-lou, der Oberkommandierende der Luftstreitkräfte Rotchinas, hat bereits vor längerer Zeit im "Journal der Volksbefreiungsarmee" einen beachtenswerten Aufruf erlassen:

- * "Chinas Arbeiter und Wissenschaftler sind unermüdet dabei,
- * eine der mächtigsten Luftwaffen der Welt zu schaffen. Wir
- * verfügen über Atombomben und ferngelenkte Raketen. Es wird
- * allen schlecht ergehen, die eine Invasion in unser Land wa-
- * gen sollten..."

Liu Ya-lou wendet sich nicht nur gegen die "US-Imperialisten", sondern spricht "alle" an; so meint Liu auch die Sowjets. Es ist nicht neu, daß Rotchina über Atombomben verfügt, insbesondere über die billigeren Plutoniumwaffen. Die Produktionskapazität dürfte bei zwei bis fünf Bomben im Monat liegen. Demnach wäre gegenwärtig der Grundstock des Kernwaffenarsenals Pekings ein "Vorrat" von vielleicht 30 Bomben, jede ungefähr von 20 Kilotonnen, in der Sprengwirkung der Hiroshima-Bombe. Aber schon der erste, unter der vermutlichen Aufsicht des Nuklearphysikers Wang Kan-chang stattgefundene Test am 16. Oktober 1964 in der Taklamakan-Wüste Sinkiang brachte den Fallout von Lithium hervor, das Ingredienz eines Vorläufers einer Wasserstoffbombe, wahrscheinlich eines riesigen "Eisschranks" (wegen der notwendigen, sehr tiefen Temperaturen). Auch der zweite Test, am 14. Mai 1965, galt zweifellos der Erprobung von Zündern der Wasserstoffbombe. Für beide Waffen war angereichertes Uran, das Isotop U 235, verwendet worden. Der dritte bevorstehende, auch beim Druck dieses Manuskripts bereits durchgeführte Test, wird ebenfalls der Entwicklung einer transportablen, also vom Flugzeug aus abwerfbar oder als Sprengkopf einer Rakete verwendbaren Wasserstoffbombe dienen.

Aber wie ist die chinesische Atomrüstung in einzelnen beschaffen?

Für die Entwicklung der nuklearen Waffen sind Wang Kan-Chang, dem Physiker mit der Zwillingsvaterschaft für die Uranbombe und die Wasserstoffbombe, wie auch dem Raketenbauer Chien Hsueh-shen von der Oligarchie in Peking in fünf Phasen vorgeschrieben worden:

- * die Massenproduktion von Plutoniumbomben,
- * die fortlaufende Entwicklung geeigneter Trägerwaffen,
- * zugleich die Verkleinerung der Apparaturen in wirklich transportable Bomben,

- * die Vollendung der Entwicklung der Wasserstoffbomben zur Serienproduktion;
- * zugleich die Entwicklung von taktischen Atomgeschossen für den Landkrieg.

Es bedarf der ausdrücklichen Erwähnung, daß Rotchinas Programm der Entwicklung von Trägerwaffen für die nuklearen und thermonuklearen Bomben den Bau von Unterseebooten mit atomarem Antrieb einschließt, die im getauchten Zustand ihre Raketen abfeuern können, also der chinesischen Polaris.

Die Schöpfung der rotchinesischen Atomwaffe geht keineswegs nur und vor allem auch nicht zum größten Teil auf sowjetische Hilfsleistungen zurück. Zum Gelingen der atomaren Rüstung Mao Tse-tungs haben weit mehr die Vereinigten Staaten, Deutschland und Frankreich beigetragen. Gewiß vermittelten die Sowjets den Chinesen 1955 das technische know-how zum Bau des ersten, zwei Jahre später in Sinkiang fertiggestellten 7 000 Kilogramm-Reaktors. Sie lieferten ihnen auch das erste 20-Million-Elektronvolt-Zyklotron. Aber die wissenschaftlichen Grundlagen für die in knapp zehn Jahren erreichte Schwelle zur Atomkraft haben die Mächte des Abendlandes ungewollt an Rotchina vermittelt. Dr. Wang Kan-chang studierte am Kaiser-Wilhelm-Institut, in New York und an der Berkeley University of California. Der Leiter der rotchinesischen Atomenergie-Behörde ist Chien San-chiang, wie seine Frau Ferg Tse-fai ein Schüler der Joliot Curie in Paris. Hu Min, der theoretische Physiker, gewissermaßen der Max Born Rotchinas, wurde mit seinem Kollegen Chu Han-yuan in der USA ausgebildet. Dr. Yang, der Radiochemiker, sozusagen der Otto Hahn oder Fritz Straßmann des Peking-Regimes, hat sein Wissen über die entscheidende Uran-Extrahierung gleichfalls in den USA erworben.

Der Leiter des Raketenprogramms, Chien Hsueh-shen, hat noch vor zehn Jahren am California Institute of Technology seine Vorlesungen über Düsenantrieb gehalten. Er versteht sich also auch auf den Bau von Düsentriebwerken für Kampfbomber. Wie Dr. Chien haben die Raketenexperten Chien Wei-chang und Wei Shung-hua ihr know-how in den USA erfahren.

Erst die Ausbeute des Fallouts des dritten Tests wird ergeben, welche weiteren Fortschritte Rotchina in der Entwicklung der Wasserstoffbombe gemacht hat. Wenn das Regime in Peking jährlich, vielleicht bereits ab 1968, zunächst fünf H-Bomben herstellen vermag, es werden jedoch mit Sicherheit mehr sein, es die Kapazität des "kill" erreicht, wenn auch nicht des "overkill" wie die USA und die Sowjetunion. Die daraus resultierende Konsequenz der rotchinesischen atomaren Drohung sollte sich eigentlich von selbst ergeben.

Die Detonation eines Wasserstoffbombenapparats, also einer weiteren Vorstufe der H-Bombe, wird über Rotchina abermals das Feuer der Sterne entfesseln.